

RP+ Großer Zulauf bei Podium Salzbergbau

Sorge wegen Salzbergbau füllt die Kirche

Alpen/Rheinberg/Wesel/Xanten · Der Salzbergbau bewegt die Gemüter am linken Niederrhein zwischen Rheinberg und Xanten. 14 Städte, Gemeinden, Verbände und Privatpersonen klagen gegen die Genehmigung der Ausweitung des Abbaus. Mehr als 200 Menschen kamen zum Podium in der Büdericher Kirche. Zündstoff also. Wie der Abend verlief.

02.10.2025 , 09:59 Uhr · 5 Minuten Lesezeit



Das Podium vorm Altar (v.r.) Bergwerksleiter Jürgen Choné, Deichgräf Rainer Gellings, BI-Vorsitzender Torsten Schäfer, CDU-Bundestagsabgeordneter Sascha van Beek, Anwalt Michael Terwiesche und Sachverständiger Peter Immekus.

Foto: Paus

Von Bernhard-Siegfried Paus

So voll sind die Kirchenbänke von St. Peter in Büderich nur noch selten. Pastor Dietmar Heshe war „dankbar“ für die enorme Teilnahme. Gut 200 Menschen waren aus einem ganz weltlichen Grund ins Gotteshaus geströmt. Hier sollte es in den nächsten zwei Stunden um Salzbergbau gehen, der seit mehr als 100 Jahren links des Rheins tief in der Erde zwischen Rheinberg und Xanten stattfindet und für Menschen, die darüber leben, nicht folgenlos bleibt. Der Kirchgang mitten im Polderdorf hat eines ganz sicher transportiert: Die Sorgen sind enorm angesichts dessen, was sich noch lange Zeit in gut 1000 Meter Tiefe tut.

Hintergrund: Die Bezirksregierung Arnsberg hat im April dem Konzern K & S erlaubt, bis 2050 vor den Toren der Domstadt Xanten Salz in seltener Qualität abzubauen. Das trifft in der Region auf massive Widerstände. 14 Akteure – die Räte in Alpen, Rheinberg und Xanten, der Deichverband Duisburg–Xanten, das Kommunale Wasserwerk (KWW), die Kirchengemeinden St. Viktor Xanten und St. Ulrich Alpen, das St.-Josef-Hospital Xanten, das Alpener Unternehmen Lemken sowie einige Privatleute – haben vorm Oberverwaltungsgericht Münster Klage eingereicht gegen die „unverantwortliche Genehmigung“ des Rahmenbetriebsplans zur Erweiterung der Abbaufächen „ohne nachhaltige Auflagen“. Um ihre Schlagkraft zu erhöhen, üben die Kläger den „Schulterschluss“ und wollen auch außerhalb der Gerichtsmauern Gegenwirkung erzielen. Mit der Wahl von St. Peter in Büderich für ihr Podium hat die Klärgemeinschaft einen Nerv getroffen.



Die Kirchenbänke von St. Peter in Büderich, wo sich vor zehn Jahren im Mittelschiff aus heiterem Himmel die Erde aufgetan hatte, waren am Mittwochabend beim Podium über Salzbergbau sehr gut gefüllt.

Foto: Paus

Diese Sorgen haben Bergbaugegner

Hochwassergefahr Bei Extremhochwasser werden die Deiche überspült. Senkungsbereiche werden zur tiefen Wasserfalle. Weite Wohn- und Gewerbegebiete drohen zu überfluten.

Grundwasserschutz Rheinhochwasser kann bei Überströmung der Deiche ungefiltert ins Schutzgebiet eindringen und das Trinkwasser verunreinigen.

Deichbau Der Deichverband fürchtet, dass er wegen langwieriger Genehmigungsverfahren trotz aller Bemühungen nicht rechtzeitig und angemessen auf die Senkungen im Gelände reagieren kann.

Vernässung Landwirte befürchten Vernässung ihrer Weiden und Äcker in den Senkungsgebieten und einen Ausfall des Entwässerungssystems durch die Störung der Gefälle.

Pfarrer Heshe erinnerte daran, was sich vor zehn Jahren in St. Peter filmreif zugetragen und die ganze Region erschüttert hat. Nach einer Beerdigung tat sich im Mittelschiff mit einem „lauten Knall“ der wertvoll verflieste Boden auf. Machtvolle Kräfte, die am Gotteshaus zerrten, so Heshe, seien spürbar gewesen. Sein einziger Gedanke: „Nur raus hier!“ Der damalige Geschäftsführer der Cavity, für die Regulierung der Altabgrabungen zuständig, habe angeboten, die Hälfte des Schadens zu übernehmen. Das reichte dem Pastor und seinem Kirchenvorstand nicht. Seit 2017 betreibt die Kirchengemeinde St. Ulrich ein extrem langwieriges Beweissicherungsverfahren. Der „Klärungsprozess“ läuft.

Ein Kirchenmann denkt weit in die Zukunft. Heshe teilt die bange Frage: „Was kommt da auf uns zu?“ Um Antworten auf die höchst komplexe Fragestellung, die vor allem nachfolgende Generationen verlangen werden, zu finden und Hoffnung zu geben, sei seine Kirche genau der richtige Ort. Sie wolle und könne sich nicht raushalten. „Schließlich geht's auch hier um die Bewahrung der Schöpfung.“

Es wurde ein spannender Diskurs, der eins überdeutlich gemacht hat: Betroffene fühlen sich mutterseelenalleingelassen im Dschungel undurchdringlicher Zuständigkeiten gegenüber übermächtigen Gegnern. Weitere Erkenntnis: Einfache Antworten gibt es nicht. Da sind auf vielen Ebenen sprichwörtlich ziemlich dicke Bretter zu bohren.

Einer, der furchtlos und in freundlicher Sachlichkeit bemüht war, in der Vergangenheit verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, war Jürgen Choné, seit dem Frühjahr Chef im Borthner Bergwerk. Was in der Vergangenheit unter Tage geschah und nun oben ankomme, liege nicht in seiner Verantwortung, sei Sache der „Altbergbauberechtigten“. Für die aktuelle und künftige Abgrabung sagte er Transparenz zu und das Bemühen, mit Betroffenen „auf Augenhöhe“ zu agieren.

Der Bergwerksvertreter kündigte eine „neue Vorgehensweise“ an: „Wir sind nicht die Cavity.“ Choné wiederholte mehrfach seine Absicht, der Schlichtungsstelle beizutreten. Diesen Schritt begrüßte Torsten Schäfer von der Bürgerinitiative Bergbaugeschädigter (1900 Mitglieder) ausdrücklich. 3500 Messstellen und mehr als 300 Kilometer Messlinien sollen verlässliche Aufschlüsse über Bodenbewegungen geben. Langfristige Senkungen um „maximal“ 3,50 Meter räumte Choné ein. Sachverständiger Peter Immekus sagte, dass nicht nur Senkungen das Problem seien, sondern auch „Pressungen und Zerrungen“ den Gebäuden zusetzten.

Rechtsanwalt Michael Terwiesche und seine Kollegen wollen genau da bei der Klage ansetzen und die Gefahr „schwerer Bergschäden“ ins Feld führen. Allein das könne die „rechtswidrig“ genehmigte Abgrabung einigermaßen zeitnah aufhalten, so der auf Attacke gebürstete Jurist. Mehr Einblick in seine Prozessstrategie gewährte er nicht. Er beließ es in

pointierter Rede dabei, öffentlich bestellten, vereidigten Sachverständigen, die im Auftrag der Bergwerke agieren, die gebotene Neutralität abzusprechen und die Bezirksregierung als „Bergbauvollziehungsbehörde“ zu schmähen.

Da die Folgen des Salzabbaus erst in bis zu 100 Jahren erkennbar werden, sind die „Ewigkeitskosten“ stets Thema. Hier nahm CDU-Bundestagsabgeordneter Sascha van Beek den Auftrag mit, endlich das Bergbaurecht anzupassen. Werksleiter Choné beteuerte, dass K & S längst Rückstellungen bilde, später mögliche Schäden zu regulieren. Die Skepsis aber bleibt. Vertrauen aufzubauen, ist ein langwieriger Prozess, der Gang in die Kirche St. Peter ein Anfang. Immerhin.
(bp beaw)

RP+

Persönlichen Link kopieren und diesen Artikel mit bis zu 10 Freunden teilen 📺

Link kopieren